

Gesundheits- und Sozialdepartement

Bahnhofstrasse 15
6002 Luzern
Telefon 041 228 60 84
gesundheit.soziales@lu.ch
www.lu.ch

Luzern, im Februar 2022

Vernehmlassung

Änderung des kantonalen Ergänzungsleistungsgesetzes und des Betreuungsgesetzes betreffend Finanzierung der Ergänzungsleistungen zur AHV für Heimbewohnerinnen und -bewohner

Bitte verwenden Sie für Ihre Stellungnahme diesen Fragebogen.

Wir danken für die Rücksendung des Fragebogens bis am 20. Februar 2022 per E-Mail an:
disg@lu.ch

Fragebogen eingereicht von:	
Behörde/Institution/Organisation:	Die Mitte Luzern
Adresse:	Stadthofstrasse 3, 6004 Luzern
Ansprechpartner/in für Rückfragen:	Rico De Bona
Telefonnummer:	041 / 420 77 22
E-Mail-Adresse:	rico.debona@diemitte-luzern.ch

1	Sind Sie damit einverstanden, dass die solidarische Finanzierung der «EL zur AHV im Heim» durch die Gemeinden auch ab 1. Januar 2023 weiterhin bei einer «rechnerischen Taxgrenze» begrenzt wird und der diesen Wert übersteigende EL-pflichtige Anteil der Heimtaxe von der Wohnsitzgemeinde der pflegebedürftigen Person zu tragen ist?	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
	Bemerkungen:	--

2	Sind Sie damit einverstanden, dass diese «rechnerische Taxgrenze» (aktuell Fr. 165.-/Tag) ab 1. Januar 2023 neu als Prozentwert in Relation zum allgemeinen Lebensbedarf für Alleinstehende bei den EL festgelegt und damit an die Teuerungsentwicklung bei den EL gekoppelt wird? (Fr. 165.-/Tag ~ 307% des allgemeinen Lebensbedarfs für Alleinstehende bei den EL)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
	Bemerkungen:	Die Mitte Kanton Luzern begrüsst, dass künftig die Berechnung

		an die Teuerungsentwicklung gekoppelt wird. Dies ermöglicht, dass in Zukunft keine grossen Differenzen zur Kostenentwicklung entstehen können.
--	--	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

3	Sind Sie damit einverstanden, dass der Kanton den Pflegeheimen, die EL-Beziehende beherbergen, Vorgaben dazu machen können soll, wie Zuschläge für einen erhöhten Betreuungsbedarf (z.B. für Demenz) bei der Aufenthaltstaxe zu berücksichtigen sind?	
	ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein
	Bemerkungen:	<p>Nein, es sind keine weiteren Vorgaben notwendig.</p> <p>Bei der Verrechnung der Zuschläge geht es immer wieder um spezifische Angebote: mittelschwere, demenzerkrankte Menschen, Palliative Care und weitere – die nicht über die Krankenkasse abgerechnet werden können und einen <i>hohen Betreuungsgrad</i> ausweisen. Daher ist es momentan nicht zielführend, wenn der Kanton zentral Vorgaben macht, ist doch die Langzeitpflege Gemeindeaufgabe.</p> <p>Andererseits ist für Die Mitte im Hinblick auf die zukünftig stark ansteigenden Demenz-Fälle wichtig, dass im Kanton Luzern dort keine Ungleichheiten und Fehlanreize geschaffen werden. Diesbezüglich ist auf die bestehenden Zusammenarbeitsgefässe hinzuweisen.</p> <p>Eine Demenz sollte aber längerfristig überall zu den gleichen Konditionen wie die allgemeine Pflege angeboten werden. Für eine solche Lösung braucht es aber wohl neue Bundeslösungen und weitere Diskussionen.</p> <p>Es wird zudem angeregt, für «spezifische Angebote» in der entsprechenden Verordnung die Angebote «Psychologie» und «Palliativpflege» zu ergänzen.</p> <p>Die Mitte Kanton Luzern ist der Meinung, dass in diesem Zusammenhang einem weiteren Schritt wichtige Fragen geklärt werden müssen: z.B. Klärung der Finanzierung von besonders teuren Einzelfällen, Solidarität unter den Gemeinden und Institutionen, Einbettung von Dienstleistungen in die Krankenkassenleistungen.</p>

4	Sind Sie mit der vorgeschlagenen Rechtsgrundlage für die Sicherstellung der Aufenthaltstaxen im Pflegeheim (Heimdepot) und der subsidiären Übernahme dieser Kosten durch die Wohnsitzgemeinde der pflegebedürftigen Person einverstanden?	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
	Bemerkungen:	<p>Die Mitte Kanton Luzern unterstützt dies ausdrücklich. So gibt es Zahlungssicherheiten und Zugänge zu Aufenthaltsmöglichkeiten für «alle». Wenn die finanziellen Mittel im Einzelfall selber nicht getragen werden können, steht die Wohnsitzgemeinde zur Seite mit einer Depot-Übernahmegarantie – dies im Sinne einer subsidiären Übernahme!</p>

5	Sind Sie mit der inhaltlichen Erweiterung des Monitorings «Pflegefinanzie-
----------	-----------------------------------------------------------------------------------

rung» mit der Entwicklung der Aufenthaltskosten (Hotellerie und Betreuung) im Pflegeheim einverstanden?		
Ja		
	Bemerkungen:	<p>Im Grundsatz ist ein Monitoring gut, wie es zurzeit praktiziert wird. Eine Erweiterung des Monitorings bei der Aufenthaltstaxe mit zusätzlichen Eckwerten erachten wir als sinnvoll und als einen Mehrwert für das System. Die Festlegung der (jährlichen) Taxen liegt dennoch stets bei der jeweiligen Standortgemeinde. Die Gemeinden sind ja letztlich in der Rolle der Restfinanzierer und Heimeigentümer auf ein umfassendes Monitoring angewiesen. Wichtig ist, dass unter den gegebenen Umständen keine Doppelspurigkeiten entstehen.</p> <p>Der Leistungserbringer stellt den Kosten- und Leistungsnachweis im Rahmen des «Benchmark Zentralschweiz» und der professionellen Rechnungslegung dar. Hierfür ist das Controlling durch die hohe Kompetenz der Kontrollstelle gegeben. Es darf regionale Unterschiede geben, die dem Standort gerecht werden «Stadt – Agglomeration – Land».</p>